

Brief des kubanischen und US-Wirtschaftssektors an Präsident Biden über die Unterstützung des kubanischen Privatsektors

Mai 2023

Herr Präsident Biden,

Fast anderthalb Jahre sind vergangen, seit viele von uns Ihnen im November 2021 einen Brief mit einer ähnlichen Bitte geschickt haben. Bald wird ein Jahr vergangen sein, seit Sie im Mai 2022 Maßnahmen zur Unterstützung des kubanischen Privatsektors angekündigt haben.

Wir schreiben Ihnen erneut, als kubanische Unternehmer, Selbstständige, Geschäftsinhaber und Genossenschaftsmitglieder, die Teil des schnell wachsenden kubanischen Privatsektors sind. Wir tun unser Bestes, um in unserem Land eine Zukunft aufzubauen, um Chancen für uns, unsere Mitarbeiter und Familien zu schaffen. Wir fordern Sie erneut auf, Ihr Wahlversprechen zu erfüllen, den Weg des Engagements und der Normalisierung wieder aufzunehmen und Ihr jüngstes Versprechen zu erfüllen, den kubanischen Privatsektor zu unterstützen. Wir möchten noch einmal betonen, dass Ihre Regierung damit beginnen sollte, den erheblichen Schaden anzuerkennen, den die von der Trump-Administration verhängten und von Ihrer Regierung aufrechterhaltenen Sanktionen über unsere Unternehmen, Familien und Gemeinden gebracht haben. Tatsächlich erkennt Ihre eigene Regierung an, dass die US-Sanktionen gegen Kuba die derzeitige Wirtschaftskrise in unserem Land verursacht haben. In einem Bericht des Heimatschutzministeriums vom 9. Januar 2023 heißt es, die jüngste kubanische Migrationswelle sei "durch drei Schlüsselfaktoren angetrieben worden: Erstens befindet sich Kuba aufgrund der anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, der hohen Lebensmittelpreise und der Wirtschaftssanktionen in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten." [1]

Wir begrüßen die versprochene Unterstützung in Form von "besserem Zugang zu US-Internetdiensten, -Anwendungen und E-Commerce-Plattformen", "erweitertem Zugang zu Mikrofinanzierung und Ausbildung" und "Optionen für elektronische Zahlungen", die am 16. Mai 2022 angekündigt wurden. [2] Wir haben in keinem dieser Bereiche wirkliche Fortschritte gesehen. Noch wichtiger ist, dass Ihre Regierung bedenken sollte, dass unser geschäftlicher Erfolg durch die bestehende US-Politik gegenüber Kuba stark beeinträchtigt wird, die unsere täglichen Geschäftsabläufe behindert und die Nachfrage nach unseren Waren und Dienstleistungen verringert.

Die derzeitigen Reisebeschränkungen und die Aufnahme Kubas in die Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen (States Sponsors of Terrorism, SSOT) des Außenministeriums schränken den Besucherstrom aus den USA und Europa ein und haben die Nachfrage nach unseren Produkten direkt und indirekt erheblich reduziert. Drei der Tätigkeiten, die den größten Teil der Beschäftigung im privaten Sektor ausmachen, sind das Beherbergungs-, Gaststätten- und Transportwesen, die direkt unter dem geringen US-amerikanischen und internationalen Tourismus leiden, was wiederum die Nachfrage nach anderen Unternehmen verringert.

Die Schließung der konsularischen Dienste für Nicht-Einwanderungsvisa hat unsere Möglichkeiten eingeschränkt, in die USA zu reisen und benötigte Waren direkt zu erwerben. Die Streichung von Bankkonten in den USA für einige kubanische Kleinunternehmer hat Finanztransaktionen sehr viel schwieriger und kostspieliger gemacht, auch für den Empfang von Online-Zahlungen. Die Aufnahme Kubas in die SSOT-Liste und die gegen Finanzinstitute ergriffenen Maßnahmen hindern E-Payment- und E-Commerce-Plattformen wie Paypal weiterhin daran, Dienstleistungen für uns zu erbringen. Die Aufrechterhaltung der Trump-Administration, die die Ausnahmeregelung für Titel III des Helms-Burton-Gesetzes aufhebt, entmutigt potenzielle US-amerikanische und internationale Investoren in unsere Unternehmen.

Der kubanische Privatsektor ist sehr schnell gewachsen, seit im August 2021 neue Regeln für Selbstständige, Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen (KKMU) und Genossenschaften verabschiedet wurden. Inzwischen gibt es über 550.000 Selbstständige, 7.500 private KKMU und

5.000 Genossenschaften, die fast 35 % der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigen. Trotz einiger verbleibender rechtlicher und regulatorischer Beschränkungen für unsere Geschäftstätigkeit können wir ausländische Investitionen von unseren Familienmitgliedern und Unternehmen im Ausland erhalten. Wir sind unabhängig von der kubanischen Regierung, wie Benjamin Ziff, Geschäftsträger der US-Botschaft in Havanna, Kuba, kürzlich betont hat [3].

Es ist unverständlich und unmenschlich, dass Ihre Regierung - die immer wieder behauptet, das kubanische Volk und den Privatsektor zu unterstützen - inmitten einer Wirtschaftskrise, die durch die aktuelle globale Krise noch verschärft wird, nach mehr als der Hälfte Ihrer Amtszeit größtenteils die grausame und gescheiterte Politik der Trump-Ära fortsetzt, die sich direkt gegen unsere Lebensgrundlagen richtet und direkt und indirekt auch unsere Unternehmen stark beeinträchtigt.

Als Präsident haben Sie immer noch die Möglichkeit, die meisten der von der Trump-Administration ergriffenen Maßnahmen sofort rückgängig zu machen. Wir loben Sie dafür, dass Sie einige Fortschritte bei der Wiederaufnahme des Reiseverkehrs, bei der Botschaft in Havanna und bei den Überweisungen gemacht haben, was drei unserer Forderungen in unserem vorherigen Schreiben waren. Aber diese Fortschritte sind immer noch sehr begrenzt im Vergleich zu den Bedürfnissen und Rechten sowohl der kubanischen als auch der amerikanischen Bürger, die weiterhin missachtet werden. Leider gibt es auch bei unserer vierten Forderung keine Fortschritte - Kuba muss unbedingt aus dem SSOT herausgenommen werden, wenn unsere Unternehmen florieren sollen.

Während Ihrer Amtszeit als Vizepräsident hat sich gezeigt, dass eine US-Kuba-Politik, die eine Ausweitung des Reiseverkehrs, der Telekommunikations- und Bankdienstleistungen ermöglicht, uns sehr geholfen hat. Wir bitten Sie erneut, auf uns - die Mitglieder des kubanischen Privatsektors - zu hören und nicht auf eine kleine Gemeinschaft von Kubano-Amerikanern, die davon profitieren, dass die US-Kuba-Politik zu einem innenpolitischen Wahlkampfthema wird, obwohl sie eine klare, unverrückbare politische Loyalität haben.

Wir bitten Sie dringend, die folgenden Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die unseren Unternehmen, Familien und Arbeitnehmern wirklich zugute kommen werden:

1. Zulassung von Finanztransaktionen, die kubanische Privatunternehmen als Endziel haben, und Erlaubnis für kubanische Privatunternehmen, Dienstleistungen amerikanischer Fintech-Unternehmen wie PayPal und dergleichen zu nutzen.
2. Erlaubnis für kubanische Privatunternehmen und Unternehmer, Bankkonten im US-Territorium zu eröffnen und zu verwalten, ohne dass kubanische Unternehmer im US-Territorium verbleiben müssen, um sie zu betreiben.
3. Wiedereinführung der Mehrfacheinreisevisa für kubanische Privatunternehmer und Unternehmer.
4. Wiederherstellung von Reisen nach Kuba für US-Bürger und Einwohner im Rahmen von Lizenzen für Bildung und zwischenmenschliche Beziehungen.
5. Einführung einer allgemeinen Lizenz, die es US-Bürgern und -Unternehmen erlaubt, in kubanische Privatunternehmen zu investieren und/oder mit ihnen zu handeln.
6. Änderung der Vorschriften zur Kontrolle kubanischer Vermögenswerte, 31 CFR Teil 515, um:
 - a. Aufnahme privater kubanischer Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU) und Genossenschaften in die Verweise auf private Unternehmen.
 - b. Ausweitung des Geltungsbereichs der allgemeinen Lizenzen für U.S.-Unternehmen für den Export aller ihrer Produkte und Dienstleistungen an kubanische Privatunternehmen.
 - c. Ausweitung des Umfangs der Waren und Dienstleistungen kubanischer Privatunternehmen, die in die Vereinigten Staaten eingeführt werden können.
7. Streichung Kubas von der SSOT-Liste, was notwendig ist, um all das zu erreichen, was oben in den Punkten 1, 2, 5, 6 und 7 gesagt wurde.